

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek


[Leitartikel](#)
[Nationale Politik](#)
[Internationale Politik](#)
[Aus den Betrieben](#)
[Kultur](#)
[Inland](#)
INTERNATIONALE POLITIK

Ein blutiges Massaker in Südafrika

... und seine Instrumentalisierung gegen Zuma, ANC und Dreierbündnis



Das Massaker an streikenden Bergarbeitern am 16. August im südafrikanischen Platinbergwerk Lonmin nahe der Stadt Marikana, etwa 70 Kilometer nordwestlich von Johannesburg, hat weltweit Entsetzen und Anteilnahme mit den Opfern und ihren Angehörigen ausgelöst. Es war wohl der blutigste Polizeieinsatz in Südafrika seit dem Ende der Apartheid 1994. Inzwischen wurde aber auch sichtbar, daß hinter dem Vorfall mehr steckt als ein lokaler Sozialkonflikt, der in blutige Gewalt eskaliert ist.

Staatspräsident Zuma hat seine Teilnahme am Wirtschaftsgipfel der Staaten des südlichen Afrika in Maputo (Moçambique) abgebrochen und sich »geschockt und bestürzt« über die »sinnlose Gewalt« geäußert. »Es gibt in unserem demokratischen System genug Raum, um Streitfragen per Dialog, ohne Gesetzesbruch und ohne Gewalt zu klären«, sagte er. Er setzte eine Untersuchungskommission ein und verkündete eine Woche nationaler Trauer.

Der unmittelbare Hergang läßt sich nach den derzeit verfügbaren Angaben mit aller Vorsicht etwa so rekonstruieren: Seit dem 10. August waren ca. 3.000 der insgesamt 26.000 Beschäftigten des Lonmin-Konzerns, der überwiegend in der Hand britischer Kapitalisten ist, in einen »wildem Streik« getreten. Als Initiator trat eine erst kürzlich vom bisher einheitlichen nationalen Gewerkschaftsbund der Minenarbeiter (NUM) abgespaltene »Association of Mineworkers and Construction Union« (»Vereinigung von Minenarbeitern und Bauleuten« – AMCU) auf. Sie forderte eine Verdreifachung des Lohns von 4.000 auf 12.500 Rand (von ca. 400 auf 1.220 Euro).

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :
Straße :
PLZ / Ort :
E-mail : *

(*) *Pflichteingaben*

Zur »Speerspitze« der Streikenden gehörten laut den Berichten die »rock drillers« (»Felsenbohrer«), also die Bergleute, die unter Tage unter schwierigen Bedingungen bei großer Hitze in gebückter Stellung das Gestein lockern, damit die darin enthaltenen Edelmetallvorkommen zu Tage gefördert werden können. Die Lonmin-Direktion lehnte jede Verhandlung mit den Streikenden ab. Sie verwies auf den mit der NUM abgeschlossenen Tarifvertrag, dessen Laufzeit noch bis 2013 geht. Die Firmenleitung forderte Polizei an, um »arbeitswilligen« Beschäftigten den Zugang zu den Werksanlagen zu gewährleisten.

Schon seit Streikbeginn war es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Streikenden, Arbeitswilligen, NUM-Gewerkschaftern, die den Streik als illegal ablehnten, sowie Polizisten gekommen. Schon dabei waren 10 Menschen getötet worden. Darunter zwei Polizisten, die von bewaffneten Streikenden mit Buschmessern zerstückelt worden sein sollen, zwei Sicherheitsleute der Firma und vier NUM-Anhänger. Die Firmenleitung, die sich zur Einstellung des gesamten Betriebs gezwungen sah, weil kein Platin mehr gefördert wurde, forderte die Streikenden am 15. August ultimativ auf, am nächsten Tag wieder zur Arbeit zu erscheinen, widrigenfalls sie fristlos entlassen würden.

Statt dem zu folgen, versammelten sich die Streikenden jedoch am vergangenen Freitag, dem 16. August, auf einem in der Nähe gelegenen Hügel mit der erklärten Absicht, das Unternehmen weiter lahmzulegen. Die vor Ort eingesetzten zwei Hundertschaften Polizei versuchten, die Ansammlung mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen aufzulösen. Als dies nicht gelang, ging die Polizei dazu über, den Platz mit Stacheldraht einzuzäunen. Daraufhin sollen Streikende, mit Knüppeln, Eisenstangen, Macheten und auch Schußwaffen bewaffnet, zum Angriff auf die Polizisten übergegangen sein. Die Polizisten hätten nach Angabe der Polizeiführung keine andere Möglichkeit mehr gesehen, als »in legitimer Selbstverteidigung« das Feuer zu eröffnen, um ihr Leben vor den wütenden Angreifern zu retten. Der nur drei Minuten dauernden Schießerei fielen 34 Menschen zum Opfer, rund 89 weitere wurden verletzt. Etwa 250 Beteiligte wurden festgenommen.

Das Internet-Portal des Magazins »Jeune Afrique« faßte den Vorgang zwei Tage später so zusammen: »Für die meisten Kommentatoren ist die unmittelbare Verantwortung für das Drama geteilt zwischen der Polizei, die für diese Art von Situation schlecht ausgerüstet und schlecht ausgebildet war, und den Streikenden selbst, die gewalttätig, mit Stichwaffen, nach einigen Zeugen auch mit Feuerwaffen bewaffnet waren.«

Zu den Hintergründen des Vorfalls gehört eine bereits seit Januar andauernde erbitterte Auseinandersetzung zwischen der bisher im Betrieb allein vertretenen NUM und der abgespaltenen AMCU. Die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) äußert in einer Stellungnahme den Verdacht, daß dabei auch die Minenbosse ihre Hände im Spiel gehabt haben könnten, die darauf abzielten, die NUM zu unterminieren und zu schwächen. AMCU-Leute sollen Lonmin-Beschäftigte durch massiven Einschüchterung und Gewalt bis hin zu einem Brandanschlag auf die Wohnhütte eines NUM-Anhängers zum Übertritt in die AMCU gedrängt haben.

Zwei Anführer der AMCU, die selbst keine Bergleute sind, waren vor einiger Zeit wegen »anarchistischen Verhaltens« aus dem südafrikanischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen worden. Die NUM ist die stärkste Gewerkschaft im südafrikanischen Gewerkschaftsbund COSATU und damit Teil der Dreierallianz von ANC, COSATU und Kommunistischer Partei, auf die sich die Regierung Zuma stützt. Umgekehrt warfen die Anführer der »radikalen« AMCU der NUM vor, sich nicht genügend für die Bergarbeiter einzusetzen, weil sie »Verbündete der Regierung« sei und mit den Minenbossen auf gutem Fuß leben wolle.

Offensichtlich spielte bei diesen Vorgängen auch die über den lokalen Rahmen hinaus gehende Auseinandersetzung mit einigen »linksradikalen« Kreisen eine Rolle, als deren Anführer in jüngster Zeit der bisherige Chef der ANC-Jugendliga, Julius Malema, auftritt, der im April aus dem ANC ausgeschlossen worden war. Dieser in der Presse viel zitierte »linksradikale Kritiker« des ANC hatte sich jedenfalls am Wochenende eiligst nach Marikana begeben, um dort vor AMCU-Anhängern eine flammende Protestrede zu halten und Zuma zum Rücktritt aufzufordern.

Dieser Forderung schloß sich umgehend auch die rechtsliberale Oppositionspartei »Demokratische Allianz« an. Malema wurde zum Titelhelden der bürgerlichen Rechtspresse Südafrikas.

Auf noch weiter gehende Hintergründe wies neben anderen Quellen auch die französische »Le Monde« hin. In ihrem Bericht vom 17.8. hieß es: »Vier Monate vor dem Wahlkongreß des ANC ist es möglich, daß diese gewerkschaftlichen Auseinandersetzung von einer Fraktion der Partei instrumentalisiert wird, die gegen eine Wiederwahl von Jacob Zuma für ein zweites Mandat ist.« Das »Massaker von Marikana« dürfte also von interessierten Kreisen genutzt werden, um die Fortsetzung der »linksorientierten« Entwicklungsphase der »nationaldemokratischen Revolution« Südafrikas unter Zuma insgesamt zu torpedieren.

Allerdings ist dabei aber auch nicht zu übersehen, daß sich ungeachtet der politischen Machenschaften in dem Vorgang auch einfach die großen sozialen Spannungen widerspiegeln, die sich in letzter Zeit in Südafrika angesammelt haben. Beträchtliche Teile der Bevölkerung sind unzufrieden, weil sie seit der Beendigung der Apartheid vor fast 20 Jahren immer noch keine wesentliche Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse verspüren. Die Unzufriedenheit mit dem »langsamen Gang« der »nationaldemokratischen« Entwicklung ist ein idealer Nährboden dafür, daß linksradikal bzw. anarchistisch auftretende Kräfte an Einfluß gewinnen können.

Zum Wochenanfang war eine Beilegung des Streiks noch nicht abzusehen. Die Direktion hatte das Ultimatum für die Arbeitsaufnahme nach dem Massaker am Freitag zwar bis Montag verlängert, aber eine erhebliche Anzahl der Streikenden war nicht gewillt, dem nachzukommen, solange die Forderung nach mehr Geld nicht bewilligt wird.

Georg Polikeit



Mittwoch 22. August 2012